

Weniger Politiker anstatt weniger Polizei



Der parteilose Berliner Finanzsenator Nußbaum belebte die Diskussion über Zusammenlegungen von Bundesländern neu. Spätestens bei Inkrafttreten der Schuldenbremse 2020, so Nußbaum, würde man gar nicht umhinkommen, Bundesländer zusammenzulegen. Einige Bundesländer seien schlicht und ergreifend alleine nicht mehr überlebensfähig.

Da noch Platz im Sommerloch war, befragte man gleich die schleswig-holsteinischen Volksvertreter, ob angesichts dieser Prognose die Debatte

über einen Nordstaat neu belebt würde.

Und man las Verwunderliches von der schleswig-holsteinischen Politprominenz.

Es sei ja gar nicht gesagt, dass Zusammenlegungen von Ländern überhaupt nennenswerte Einsparpotenziale brächten. Man sei da sehr skeptisch.

■ Donnerschlag!

Da säuft doch wieder jemand Wein und predigt anderen Wasser. Derzeit wird die komplette Landesverwaltung auf den Kopf gestellt.

In der Landespolizei hört man schon seit Jahren das Mantra, Kleinteiligkeit sei ineffektiv. Jede Zusammenlegung von Dienststellen wird beklatscht als Maßnahme zu mehr „Effizienz“ in der Landespolizei. Und wenn am Ende nur ein kleiner Stationsleiter eingespart wird.

■ So weit, so schlecht

Der Gedanke, dass weniger Parlamente und weniger Ministerien einen Einspareffekt mit sich bringen, ist ja nun nicht völlig abwegig.

Neben dem Berliner Finanzsenator gibt es viele Befürworter, angefangen beim Bund der Steuerzahler, über das Deutsche Institut für Wirtschaft bis hin zum ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Papier. Sollte es so sein, dass Politik für sich selbst ausschließt, was man anderen selbstverständlich zumutet? Ist da das Hemd näher als die Hose?

Es ist schlicht unredlich, 20 Prozent Personal in den bürger-

nahen Verwaltungen einsparen zu wollen, ohne Aufgaben im gleichen Maße abzugeben. Diese Einsparverpflichtung sollte die Politik für sich und die nachgeordneten Ministerien selbstverständlich übernehmen.

Es ist schlicht unredlich, Politikerbesoldung gesetzlich an die allgemeinen Tarifabschlüsse zu koppeln, für die Beamten und Versorgungsempfänger dieses aber regelmäßig infrage zu stellen.

Und es ist schlicht unredlich, wenn Politiker sich eine üppige Altersversorgung bereits nach kurzer Parlamentstätigkeit gönnen, zugleich aber die Pensionäre als „Lasten“ bezeichnen und mit unwahren Vergleichen eine Reduzierung der Pensionszahlungen einläuten.

Ich finde, man kann der Politik das zumuten, was vielen Polizeibeamten in den letzten Jahren wiederholt zugemutet wurde, nämlich zu prüfen, ob sie nicht im Rahmen einer größeren Gesamtorganisation künftig eine andere Aufgabe erfüllen können.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0451.491597
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.5192221

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841





Erhebung von Polizeikosten bei kommerziellen Veranstaltungen

Innenminister lassen sich mit einer Taschengelderhöhung abspeisen!

Die DPoIG fordert es seit Jahren – sie wurde reichlich und heftig dafür gescholten.

Die gedankliche Wende setzte spät, aber immerhin, auch mit Herrn Jaeger, dem Innenminister von Nordrhein-Westfalen, zunächst endlich hoffnungsvoll ein. Die Politik verhandelte kürzlich so mit dem Deutschen Fußballbund (DFB).

Betont wird allein die Reduzierung von „Fan“-Gewalt aus Anlass von Fußballspielen, genauer geht es um alle aus derartigen Anlässen verursachten Gefahrenlagen, die polizeiliches Einschreiten, Maßnahmen und damit zusätzlichen Personaleinsatz erforderlich machen.

Personal, das eigentlich schon heute kaum und bei Fortführung des vermeintlich alternativen Personalabbaus im öffentlichen Dienst, namentlich auch bei der Polizei, zukünftig noch weniger genügend zur Verfügung steht. Die berechtigte Alltagsversorgung der Bevölkerung wird zunehmend erheblich weiter leiden (müssen).

Dennoch – eine Verbesserung der staatlichen Einnahmen scheint den Politikern allerorten erstaunlicherweise noch immer wenig interessant.

Die zum Fußball jetzt scheinbar gefundene Lösung lautet nämlich:

Man zahlt freiwillig elf statt bisher sieben Millionen Euro für Fanprojekte und verdient fröhlich weiterhin ein Vielfaches. Sonst geschieht nichts!

Und verursachte Kosten der Polizei berappt natürlich nach wie vor der Steuerzahler. Problem gelöst?

Auch vor dem Hintergrund, dass nur die aktuellen Fernsehübertragungsrechte dieser Saison 448 Millionen Euro betragen und beispielsweise allein der BVB Dortmund 49 Millionen Euro für Transfers neuer Spieler ausgibt, kann man das nur Abspeisung mit einer „Taschengelderhöhung“ bezeichnen.

Auch gerade wieder einmal in den Medien toll dargestellte „Events“ wie Wacken Open Air (WOA) sind hier einzuordnen. Hoch gelobt auch von der Polizeiführung: Nur 13 Körperverletzungen und etwa 250 Diebstähle wurden registriert. Die Drogendelikte seien zurückgegangen.

Versäumt wird zu verdeutlichen, dass für ein solches, wenigstens potenziell mit erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit verbundenes Treffen von circa 80 000 Menschen ohne angemessene

Infrastruktur wieder mehr als 200 Polizeibeamte mehrere Tage und Nächte aus dem ganzen Land eingesetzt werden mussten. Dies sogar noch während der Sommerferien und damit der Urlaubszeit. Und dass deren notwendiger Einsatz verursacht wurde.

Der polizeiliche Job ist wieder gut gemacht – dafür auch unser Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen! So weit, so gut!

Doch eigentlich können wir uns personell einen solchen Einsatz kaum leisten.

Zum Vergleich: Seit der letzten so genannten Reform – heißt konkret die begonnene Reduzierung des Personals um zwölf Prozent – wird die für zwei Landkreise (Steinburg und Dithmarschen mit zusammen etwa 266 000 Einwohnern) zuständige Polizeidirektion Itzehoe gerade noch über etwa 350 Schutzleute verfügen. In jedem dieser Kreise über weniger als 200.

■ Und Polizeidienst geht rund um die Uhr – immer!

Im Zusammenhang nochmals bemerkenswert: Die dreimännige Polizeistation Wacken soll demnächst abgebaut, also auf-

gelöst, werden. Es geht ja nur um den „normalen“ Bürger im Alltag. Die Darstellung, das sei aber kein „Rückzug aus der Fläche“ sondern durch Einsatz überörtlich wirkender Einsatzpräsenz sogar „Konzentration darauf“, ist nicht nur fachlich eine (bittere) Lachnummer.

Der Landtagsabgeordnete Arp (CDU) aus Wacken sollte nicht nur zur „Verteidigung des WOA mit allen Mitteln“ bereit sein. Bei berechtigten Einwänden einer Bürgerin wegen Lärmbelästigung wäre ebenfalls vergleichbares Engagement geboten gewesen!

Die Veranstalter des WOA gehen laut lokaler Presse von einem Gewinn von einer Million Euro aus – wie schön.

Für den Einsatz der Polizei in Wacken wird jedoch wieder nicht ein einziger Cent bezahlt.

Eine Gebührenordnung nach dem Verursachungsprinzip für derartiges muss endlich her! Eingehende Gelder gehören direkt in den polizeilichen Haushalt, bestenfalls gleich in den Personalhaushalt.

*Jochen Einfeldt,
stellvertretender
Landesvorsitzender*



@rtus – ein Sicherheitsproblem?

Jede Polizistin und jeder Polizist im Einsatz- oder Ermittlungsdienst bei der Landespolizei in Schleswig-Holstein kennt und nutzt es: @rtus – ein EDV-Verfahren zur Erstellung, Bearbeitung und Verwaltung schriftlicher dienstlicher Vorgänge.

Entwickelt von dem Unternehmen Dataport stellt @rtus ein effizientes Instrument der polizeilichen Vorgangssachbearbeitung dar. Anzeigen und Berichte können erstellt und verwaltet werden. Eine elektronische Weitergabe dienstlicher Vorgänge an andere @rtus-Dienststellen zur zeitnahen Weiterbearbeitung wird ermöglicht. Auch können andere @rtus-Dienststellen am Vorgang beteiligt werden, sodass ein gleichzeitiges dienststellenübergreifendes Arbeiten möglich ist. Darüber hinaus bietet @rtus die Möglichkeit der Auswertung und der Analyse der erfassten Daten.

Zugang zu @rtus erhält jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter passwortgeschützt über seinen EDV-Arbeitsplatz. Und so hat sich das im Jahre 2004 eingeführte EDV-System zu einem wichtigen Handwerkszeug der Landespolizei entwickelt.

Und dennoch steht @rtus seit Längerem in der Kritik. So kritisieren Thilo Weichert vom Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD) und der Piraten-Abgeordnete Patrick Breyer, dass das EDV-Verfahren anfällig für Missbrauch sei. Es gebe die Möglichkeit, so Breyer,

dass einzelne Beamte das EDV-Verfahren für private oder illegale Zwecke missbrauchen, bei momentan nur geringer Gefahr, dabei erwischt zu werden. Und so fordern Breyer und Weichert unisono eine Vollprotokollierung aller Zugriffe auf das EDV-Verfahren @rtus. Die Piraten-Partei wandte sich in diesem Zusammenhang mit einer Kleinen Anfrage an den schleswig-holsteinischen Landtag. In der Folge beschäftigte sich der Innen- und Rechtsausschuss mit der Frage, ob Zugriffe auf @rtus zukünftig vollprotokolliert oder stichprobenartig automatisch überprüft werden sollten.

In seiner Antwort an die Piraten-Partei bestätigte der Innenminister Andreas Breitner, dass in der Vergangenheit vereinzelt Missbräuche im Zusammenhang mit Daten bekannt geworden sind. Seit 2004 habe es insgesamt 59 Verfahren gegen Mitarbeiter gegeben. Im Zusammenhang mit @rtus wurden dabei in 2012 insgesamt fünf Fälle untersucht. In zwei Fällen wurden von Mitarbeitern eigene polizeiliche Vorgänge beobachtet. In einem anderen Fall wurden von einem Mitarbeiter Vorgänge eingesehen, an denen der eigene

minderjährige Sohn beteiligt war. In einem Fall hat eine Mitarbeiterin einen tödlichen Verkehrsunfall eingesehen, um die Unfallursachen für den eigenen dienstlichen Arbeitsbereich zu ergründen. In einem weiteren Fall hat ein Polizeibeamter aus Neugier polizeiliche Vorgänge aus seiner Nachbarschaft eingesehen.

Breitner stellte dar, dass die Polizeiarbeit einer gesellschaftlichen Akzeptanz bedarf, die Vertrauen in einen sensiblen und verantwortungsvollen Umgang mit personenbezogenen Daten von Bürgerinnen und Bürgern voraussetzt. Breitner betonte, dass „die Landespolizei eine der wenigen Institutionen ist, die bereits seit mehr als zehn Jahren die Kompetenz von behördlichen Datenschutzbeauftragten (sieben Vollzeitstellen) nutzt.“ Anhand der Ahndungszahlen sei ersichtlich, dass im Gegensatz zu anderen Verwaltungszweigen die datenschutzrechtlichen Bemühungen repressiv und präventiv Wirkung zeigen würden.

Landespolizeiamt und Landeskriminalamt haben in einer Pressekonferenz vom 2. September 2013 den Verdacht eines Datenmissbrauchs mithilfe von @rtus zurückgewiesen. Ein Missbrauch von Daten könne im Einzelfall bei täglich circa 2 000 Eingaben in das System und etwa 7 500 Mitarbeitern nie gänzlich ausgeschlossen werden. Dennoch werden die bisherigen Schutzmaßnahmen für ausreichend erachtet, zumal eine Überprüfung der Arbeitsabläufe regelmäßig durch die unabhängigen Datenschützer der Polizei erfolgt. LPA und LKA betonten, dass die Diskussion und der darin enthaltene Vorwurf bei der Polizei „Irritation bis Verärgerung“ ausgelöst haben.

► **Hat die Polizei tatsächlich ein Sicherheitsproblem mit @rtus?**

Wir meinen nein! Die DPoIG hält die bestehenden Instrumente zum Schutz der persönlichen Daten im Zusammenhang mit dem EDV-System @rtus für ausreichend. Bereits jetzt werden alle „Fremdzugriffe“ in @rtus protokolliert. Eine Protokollierung erfolgt nur dann nicht, wenn ein lesender Zugriff durch den eigentlichen Sachbearbeiter, den Verwalter oder den Dienststellenleiter erfolgt. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein hohes Gut. Der Schutz von persönlichen Daten ist wichtig und muss von jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter im täglichen Dienst ernstgenommen werden.

59 Fälle ungerechtfertigter Datenzugriffe in zehn Jahren belegen, dass Kontrollmechanismen funktionieren. Sie belegen auch, dass kein Raum besteht, die Polizistinnen und Polizisten des Landes unter den Generalverdacht zu stellen, dienstlich erhobene Daten für private Zwecke zu missbrauchen. Missbräuchliche Nutzung von dienstlich erhobenen Daten sind Einzelfälle und werden sich nie gänzlich verhindern lassen. Und gerade deshalb lässt sich daraus nicht die Rechtfertigung ableiten, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei durch den Einsatz von zusätzlicher Technik zu überwachen.

Irritation bis Verärgerung entsteht allerdings, wenn eine demokratische Partei in diesem Zusammenhang erklärt, „Interesse daran zu haben, das Vertrauen in die Polizei stärken zu wollen“, um im gleichen Zug „endlich wirksame Vorkehrungen gegen Missbrauch dieses Vertrauens“ zu fordern.

Mike Schirdewahn

Der etwas andere Einsatz – Abenteuer Rader Hochbrücke

Oder: Post von einem „zufriedenen Mitarbeiter“

Mensch Leute, was sind die in Kiel doch schlau. Andere geben Millionen für Werbung aus, um in den Medien zu erscheinen und Schleswig-Holstein schafft es immer für lau. Nur, dass unser alter Nord-Ostsee-Kanal ständig dafür herhalten muss, wird wohl bald auffallen. Erst mit Brunsbüttel und den kaputten Schleusen ständig in aller Munde zu sein und jetzt noch mal einen drauflegen und mit der maroden Rader Hochbrücke für Schlagzeilen sorgen.

Dazu noch immer die kostenlosen Rundfunkdurchsagen mit den Staumeldungen. Spitzenreiter waren so um die 21 Kilometer Stillstand. Irgendwie habe ich mal gehört, dass sich sowas Negativpublicity nennen soll – na ja, oder so ähnlich jedenfalls. Aber egal, Hauptsache man ist in den Medien präsent.

Ihr fragt euch sicherlich auch, wieso jetzt alles so geballt auftritt, doch dazu fehlt uns aus der Wattwurmperspektive einfach der Durchblick. Böse Zungen behaupten, das würde vom Sparen kommen. Ach woher, bei der Polizei klappt doch auch alles. Es müssen halt nur Schwerpunkte gesetzt werden – und ein Schwerpunkt ist jetzt die Rader Hochbrücke.

Doch das tollste Ding ist, die wollten uns erst gar nicht dorthin stellen. Ein paar Schilder und schon sollte alles geregelt sein. Mir scheint, da sind ein paar hohe Herren schon lange

nicht mehr auf der Straße gewesen. Der gute alte „Verkehrspolizist“, den alle respektierten und doch gefürchtet haben, gehört schon lange zur aussterbenden Art. So ein paar Einsparungen hat es auch bei der Polizei gegeben und die Verkehrsteilnehmer haben schnell gelernt, wo keine Kontrolle, da auch keine Sanktion, also freie Fahrt.

Jedenfalls Glück für uns, jetzt dürfen wir doch an der Brücke stehen. Na ja, stimmt nicht ganz, die Brücke ist zwar ein Ende weg, doch alleine das Gefühl, für die Sicherheit der Brücke verantwortlich zu sein, ist schon doll.

Aber mal im Ernst, was da für uns aufgezo-gen wurde, kann sich sehen lassen. An jeder der vier Kontrollstellen steht ein Wohncontainer, sogar mit Klo. Das Blöde ist nur, die nächste Kanalisation ist ganz schön weit weg. Wenn die jetzt eine Leitung gelegt hätten, wäre die

immer verstopft gewesen. Schön Schiet wäre da rausgekommen – wo weiß ich allerdings auch nicht.

Also wurde der „Spa-Bereich“ um ein Dixi-Klo erweitert. Im dezenten Grün, damit es auch gut in die Umgebung passt, denn es fahren ja doch eine ganze Menge Touristen vorbei. Wenn man schon stundenlang im Stau gestanden hat, soll das Auge ja auch was haben.

Im Wohncontainer kann man sich so richtig erholen – Mann, da habe ich bei jedem Sonder-einsatz von geträumt! Meine „eigenen vier Wände“. Liebes LPA, damit habt ihr die Messlatte für die nächsten Großdemonstrationen aber ganz schön hoch gelegt, bitte dann nicht knausern.

Was soll ich euch sagen, ruhig ist es auch in dem Container. Das wurde jetzt sogar von einem Gesundheitsfachmann bestätigt. Aber draußen soll es auch nicht so schlimm sein. Ich fand das zwar immer ganz schön laut, doch die Messgeräte sagen, eben unter der Gesundheitsschädigung und somit ist die Welt wohl in Ordnung.

Ein Highlight wird sicherlich der Beach-Area-Bereich, mit alkoholfreien Cocktails und so. Ist zwar noch nicht fertig, doch der Sand und der Sonnenschirm sind jedenfalls schon da. Ich lasse mich da mal über-

raschen. Aber nachts, da geht es so richtig los. Wenn der kleine Notjockey auf Höchstleistung läuft, erblasst jede Disko. Nee wat schön, gelbe Lämpchen, rote Lämpchen und eine großer Leuchtkugel. John Travolta lässt grüßen – Saturday Night Fever for ever.

Doch das Beste sind die Flutstrahler. Da müsst ihr euch mal in den Lichtkegel stellen. Mann, ich bin mir vorgekommen wie so ein richtiger Star. Fehlte nur noch der rote Teppich. Wahrscheinlich wird es demnächst auch die ersten Fernsehsender geben, die den „Star von der Rader Hochbrücke“ küren. Das werden Einschaltquoten, Junge, Junge.

Also, lasst euch das Abenteuer am Nord-Ostsee-Kanal nicht entgehen.

Es grüßt ein zufriedener Mitarbeiter

